

Rede zur Fraktion-vor-Ort- Veranstaltung Brakel, 03.02.04

von Ute Berg

Die Agenda 2010 - aktueller Stand der Reformpolitik der Bundesregierung

Karl Hermann Haack und ich sind heute im Namen der SPD Bundestagsfraktion hier, um gemeinsam mit euch über den aktuellen Stand der Reformpolitik der Bundesregierung zu sprechen.

Ich werde einen großen Bogen schlagen und die Notwendigkeit der Reformen insgesamt erläutern und im Anschluss wird Hermann Haack genauer auf die Perspektive des Sozialstaates eingehen.

Danach seid ihr dann herzlich eingeladen, mit uns zu diskutieren.

Ausgangslage

Es geht heute um die Agenda 2010, das Reformprogramm, das Gerhard Schröder am 14. März 2003 in Grundzügen in seiner Regierungserklärung vorgestellt hat.

Dieses Programm ist die Antwort auf die schwierige wirtschaftliche Situation, in der sich unser Land befindet (inzwischen sind ja erste Silberstreifen am Horizont erkennbar) und damit verbunden ist bekanntermaßen die äußerst unbefriedigende Situation auf dem Arbeitsmarkt und bei unseren sozialen Sicherungssystemen.

In den letzten drei Jahren hatten wir es mit einer ausgeprägten Wachstumsschwäche unserer Wirtschaft zu tun. Fast drei Jahre Stagnation haben ihre Spuren hinterlassen. Den sozialen Sicherungssystemen fehlten die notwendigen Einnahmen, um den erreichten Standard bei vertretbaren Beiträgen zu halten.

Dazu kamen strukturelle Defizite. Unsere Sozialsysteme sind seit 50 Jahren in ihrer Struktur praktisch unverändert geblieben. Wirtschaft und Gesellschaft haben sich aber grundlegend geändert. Vergleicht man z.B. die heutige Situation mit der Bundesrepublik der 70er Jahre, wird der Unterschied überdeutlich: Damals hatten wir ein durchschnittliches jährliches Wirtschaftswachstum von 2,8%, eine Arbeitslosenquote von unter 5% und eine Bevölkerungsstruktur, die sich als Alterspyramide mit breitem Fuß und schmalen Kopf darstellte. In den letzten zwei Jahren lag das Wirtschaftswachstum bei Null, die

Arbeitslosenquote bei 10% und die Alterspyramide hat einen dicken Bauch, der auf schmalen Füßen steht. Unter den Bedingungen der 70er Jahre hat unser bewährtes System gut funktioniert – jetzt tut es das nicht mehr.

Wir haben eine steigende Lebenserwartung und sinkende Geburtenraten. Ersteres ist zu begrüßen, letzteres nicht. In Kombination führen diese Tendenzen dazu, dass sich das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentnern verschlechtert. Kamen auf einen Rentner im Jahre 1960 noch 5 Erwerbstätige, werden es nach aktuellen Prognosen im Jahr 2030 nur noch zwei Beitragszahler pro Rentner sein. Das heißt also, immer weniger junge Menschen müssen für immer mehr Ältere sorgen.

Der Bundeshaushalt ist hoch verschuldet. Wir haben den Schuldenberg, den uns die Regierung Kohl übergeben hat, anfangs gut abbauen, dann aber aufgrund der eben geschilderten Schwierigkeiten nicht mehr weiter reduzieren können. Dadurch verengen sich die Spielräume, die wir zur Gestaltung der Zukunft brauchen, immens. Ich will hier zur Verdeutlichung einmal 2 Zahlen nennen: Die erste Zahl: 150 Milliarden Euro. Das ist die Zahl, die im Bundeshaushalt steht für Ausgaben nur für zwei Dinge: für die Zahlung von Schuldzinsen und für Rentenzuschüsse. Und eine zweite Zahl: 25 Milliarden Euro. Das ist die Gesamtsumme aller Investitionen im Bundeshaushalt. Das heißt – etwas hart formuliert: Wir geben 150 Milliarden Euro für die Vergangenheit aus, für Rentenzuschüsse und für Schuldzinsen, und nur noch 25 Milliarden für die Zukunft.

Deshalb waren und sind Reformen notwendig

So können wir nicht weitermachen, das leuchtet wohl jedem ein. Wir müssen wieder die Ausgaben zu Gunsten von Investitionen in die Zukunft verschieben.

Nach der Regierungserklärung zur Agenda 2010 haben wir intensiv diskutiert, wie die richtigen Reformen für die Verbesserung der Situation in der Zukunft in Deutschland beschaffen sein müssen. Und auf unserem Bundesparteitag im Juni letzten Jahres haben wir die Vorschläge dazu präsentiert und eine überwältigende Mehrheit der Delegierten hat gesagt, jawohl, das ist zwar schwierig, was wir vorhaben, aber es gibt keine Alternative.

Vieles haben wir schon geschafft

Seitdem haben wir die Probleme konsequent angepackt. Wir haben uns für die Reformen einen engen Zeitplan gesteckt und so in sehr kurzer Zeit bereits ein enormes Arbeitspensum bewältigt.

Wir haben mit dem 3. und 4. Hartz-Gesetz eine riesige Arbeitsmarktreform auf den Weg gebracht. Wir haben mit der Gesundheitsreform dafür gesorgt, dass die Kostensteigerungen im Gesundheitswesen gestoppt werden und die Beiträge nicht weiter ansteigen. Das hat auch zum Ziel, die Lohnnebenkosten zu senken, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Wir haben die Handwerksordnung novelliert, damit sich mehr Handwerker selbstständig machen und Arbeitsplätze schaffen können. Wir haben mit dem Subventionsabbau begonnen, um endlich die Verschuldung des Bundeshaushalts in den Griff zu bekommen. Wir haben mit der Gemeindefinanzreform die Einnahmen der Kommunen verbessert und stabilisiert, u.a. durch die Einführung der Mindestgewinnbesteuerung, die gewährleistet, dass Unternehmen, die Gewinne machen, auch Steuern dafür zahlen. Und nicht zuletzt haben wir durch die Steuerreform, die Anfang diesen Jahres in Kraft getreten ist, die Bürgerinnen und Bürger um 15 Milliarden Euro entlastet und den Eingangssteuersatz auf 16 und den Spitzensteuersatz auf 45 % gesenkt.

Durch die Zustimmungspflicht des Bundesrates mussten wir bei vielen Gesetzen Kompromisse mit der Opposition schließen, die uns naturgemäß nicht immer gefallen haben. Unterm Strich sind wir aber der Ansicht, dass diese Kompromisse besser sind als gar keine Veränderung, also Stillstand.

Aber uns allen ist klar, dass die Reformen den Menschen Opfer abverlangen, zum Teil schmerzhaftes Einschnitte. Das ist unumgänglich. Wir müssen dabei aber im Auge behalten, was durch diese Opfer gerettet wird: nämlich unser Sozialstaat. Und wir müssen unseren Blick in die Zukunft richten und sehen, was wir dadurch gewinnen: nämlich Handlungsfreiheit für ein zukunftsfähiges Land.

Es geht bergauf

Bereits jetzt zeichnen sich positive Auswirkungen der Reformen ab. Der Jahreswirtschaftsbericht 2004 der Bundesregierung, der auf der Grundlage der Daten von Sachverständigenrat und Wirtschaftsforschungsinstituten basiert, stimmt optimistisch:

- Das Wirtschaftswachstum steigt

- Die Arbeitslosigkeit sinkt
- Der private Konsum zieht an
- Die Exporte steigen.

Für diesen Stimmungsumschwung haben wir mit den eben genannten Reformen gesorgt.

Zukunft: Investition in Wissen: Innovation

Und jetzt richten wir den Blick in die Zukunft: Die Innovationsoffensive, die der Parteivorstand im Januar in Weimar ausgerufen hat, beschreibt einen weiteren zentralen Punkt der Agenda 2010.

Wir wollen in Bildung und Forschung investieren: Wissen ist der zentrale Wirtschaftsfaktor der Gegenwart und Zukunft. Deshalb müssen Bildung, Wissenschaft und Forschung Priorität im Bundeshaushalt haben. Bildungsausgaben sind Investitionen in die Köpfe der Menschen. Und die sind die wichtigste Ressource unserer Wissensgesellschaft. In Forschung investieren bedeutet auch, aus Wissen Geld zu machen, neue Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln. Wissen, das zu Innovationen führt, schafft Arbeitsplätze und hilft Wohlstand sichern.

Als Bildungspolitikerin werde ich mich ganz besonders dafür einsetzen, dass auch in den kommenden Jahren der Etat für Bildung, Wissenschaft und Forschung weiter erhöht wird.

Allerdings muss aus unserer Sicht auch die deutsche Wirtschaft mehr Verantwortung übernehmen für die Ausbildung junger Menschen und für die Stärkung der Innovationskraft Deutschlands. Der Abwärtstrend bei den betrieblichen Ausbildungsstellen im letzten Jahr kann nicht hingenommen werden. Und auch bei Forschung und Entwicklung sehen wir die Unternehmen in der Pflicht. Statt zu klagen, sollten sie noch in diesem Jahr die Mittel für die Forschungsförderung deutlich erhöhen.

Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung hat den Etat für Bildung und Forschung in fünf Jahren um 25 Prozent erhöht. Unser Ziel ist es bis zum Jahr 2010 drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung auszugeben. Dafür ist es aber unumgänglich, dass die Wirtschaft sich entsprechend beteiligt.

Zugleich müssen wir unser Bildungssystem neu ausrichten und zukunftsfähig machen. Ich nenne hier nur ein paar Eckpunkte:

- Bildung der Menschen endet nicht mit dem Abschluss der beruflichen Ausbildung. Sie geht immer weiter. „Lebenslanges Lernen“ lautet das Stichwort, hierfür werden wir die nötigen Angebote machen.
- Ein weiterer Aspekt ist die Internationalisierung unseres Bildungssystems. Wenn unsere Wirtschaft auf dem Weltmarkt bestehen will, dann muss sie Absolventen haben, die internationalen Ansprüchen gerecht werden. Die Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraums mit vergleichbaren Abschlüssen ist dringend erforderlich. Aber auch die berufliche Bildung muss so verändert werden, dass die Abschlüsse international anerkannt und vergleichbar sind.
- Das Thema Bildung ist aber aus sozialdemokratischer Sicht auch immer untrennbar mit dem Thema der sozialen Gerechtigkeit verbunden. Und in dieser Hinsicht besteht weiterhin Nachholbedarf. Wir haben in Deutschland die Situation, dass Kinder aus Akademikerfamilien zu 75 Prozent auf den Universitäten ankommen; Kinder aus Arbeiterfamilien zu etwa 20 Prozent. Wenn man sich die Abschlüsse anguckt, wird das noch dramatischer. Damit dürfen sich Sozialdemokraten nicht abfinden. Viele von uns sind in diese Partei gegangen, weil wir gleiche Bildungschancen, gleiche Lebenschancen für alle wollten. Es ist eine ganze Menge gelungen, aber es ist auch einiges wieder auseinander gelaufen in den vergangenen zwei Jahrzehnten.
- Die Chancen auf eine bessere Bildung werden bereits im Vorschulalter verteilt. Deshalb haben wir das Programm „Zukunft, Bildung und Betreuung“ eingeführt, das nicht nur den verstärkten Ausbau von Ganztagschulen fördert, sondern auch die Betreuung für die unter 3-jährigen. Wir müssen als Sozialdemokraten vielleicht noch mehr als im letzten Jahr darauf hinweisen: Das hat was mit Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu tun, aber das hat vor allem etwas zu tun mit den Lebenschancen dieser kleinen Menschen. Denn wir müssen dies vom einzelnen Menschen her denken. Bildung ist ökonomisch wichtig, ist wichtig für die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, aber sie ist zunächst mal eine Riesensache für die einzelnen Menschen, für ihre Lebenschancen, für die Freiheit des einzelnen.

Diese Eckpunkte erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit und umreißen nur grob, worum es uns beim Thema Innovation im Ganzen geht. Die Fraktion hat parallel zur Bundesregierung zwei Projektgruppen eingesetzt, die bis zum 1. März ihr Programm vorlegen werden, wie wir langfristig die Innovationsfähigkeit des Standortes Deutschland für die Menschen sichern wollen. Innovationspolitik, das möchte ich zum Schluss nachdrücklich

betonen, muss den Menschen dienen. Sie muss die Lebensqualität erhöhen, eine nachhaltige Entwicklung befördern und Antworten auf die Frage geben, wie Wachstum und Beschäftigung langfristig gesichert werden können. Und sie muss garantieren, wie Chancengleichheit im Hinblick auf Arbeit, Einkommen und gesellschaftliche Teilhabe realisiert werden kann.